

Haimbuchner: ÖVP muss faires Kooperationsangebot annehmen!

FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner präsentiert am 12. Februar 2025 ein faires Regierungsangebot an die ÖVP zur Standortpolitik.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Manfred Haimbuchner, der stellvertretende Landeshauptmann von Oberösterreich und FPÖ-Landesparteiobmann, hat der ÖVP ein faires Angebot unterbreitet, um gemeinsam einen positiven Kurs für Österreich zu steuern. Haimbuchner betont, dass die ÖVP wesentliche Kompetenzen wie Wirtschaft, Energie, Verkehr, und Bildung übernehmen sollte, um eine funktionierende Zusammenarbeit zu gewährleisten. In seiner Erklärung kritisierte er jedoch die zusätzlichen Forderungen der ÖVP nach dem Innenministerium, die vor dem Hintergrund des umfangreichen Angebots schwer nachvollziehbar seien. „Ehrliches Regieren bedeutet auch, ein faires Angebot zu unterbreiten“, fügte Haimbuchner hinzu. „Herbert Kickl hat der ÖVP ein mehr als faires Angebot unterbreitet, das nun auf dem Tisch liegt – keine Seite kann allein regieren“, so **ots.at** in seinem Bericht.

Wirtschaftspolitische Herausforderungen

In einer weiteren Diskussion hat Haimbuchner kürzlich auf die schwierige finanzielle Lage Österreichs hingewiesen. Mit einem Haushaltsdefizit von 15,4 Milliarden Euro, das über 7 Milliarden mehr als im Vorjahreszeitraum beträgt, sind die Maastricht-Kriterien der EU in Gefahr. Das Defizit überschreitet die erlaubte Grenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Haimbuchner kritisiert die Bundesregierung dafür, dass sie vor

der Wahl die tatsächliche Budgetlage verheimlicht habe. „In Wien wird das Geld zum Fenster hinausgeschmissen“, sagte er in Bezug auf Ausgaben wie den Klimabonus, der seiner Meinung nach abgeschafft werden sollte. Zusätzlich gehöre auch die CO2-Steuer auf den Prüfstand, berichtete **nachrichten.at**.

Haimbuchner ist der Ansicht, dass Österreich in eine „Teilzeit-Republik“ verfallen sei, was die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit gefährde. In diesem Kontext fordert er strukturelle Reformen, einschließlich einer Senkung von Bürokratie- und Lohnnebenkosten, um Unternehmen zu entlasten und Investitionen in den Standort zu fördern. Der stellvertretende Landeshauptmann warnt, dass die hohen Staatsausgaben, die derzeit 52,7 Prozent des BIP ausmachen, näher am Sozialismus als am Kapitalismus sind, und spricht sich für eine Rückkehr zu mehr Marktwirtschaft aus. Diese und andere Reformvorschläge sollen helfen, das steigende Defizit zu bekämpfen und Österreichs wirtschaftliche Grundlagen zu sichern.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.nachrichten.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at